

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Häuschen angeommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 16 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Insassen nehmen an: in Berlin: A. Kettmeyer, in Leipzig: Hagen
Sohn, H. Engler in Hamburg, Haasenstein & Vogler, in Frank-
furt, H. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruck.

Danziger



Beitung.

Telegraphische Tepeche der Danziger Zeitung.

Angelommen 1½ Uhr Nachmittags.

Berlin, 11. Oct. Meldungen aus Paris, Florenz und Rom bestätigen die Ausbreitung des Aufstandes und die Vermehrung der Zahl der Insurgenten. In Frosinone ist ebenfalls ein Aufstand ausgebrochen. Es marschiert eine starke Colonne päpstlicher Truppen gegen Campagnano, um die Concentrirung der Insurgenten zu hindern.

Paris, 11. Oct. Der "Etendard" erklärt, daß der Brief des Kaisers an Lavalette ächt sei.

(W.L.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Florenz, 9. Oct. Die Insurgenten haben Aquapendente wieder eingenommen. Die Einzelheiten sind noch unbekannt. Das Gericht von einer dritten Verhaftung Garibaldis ist unbegründet. Die Emission der neuen Obligationen ist auf den 28. d. M. festgesetzt.

Wien, 10. Oct. Die "Presse" vernimmt, daß dem Frhrn. v. Beust ein lais. Handschreiben zugegangen sei, in welchem prinzipiell zugegeben werde, daß die Adresse der Bischöfe einer constitutionellen Behandlung zu unterziehen sei, welches indes die definitive Entscheidung bis zu den übermorgen erfolgenden Rückkehr des Kaisers vorbehält. — Ferner erfährt die "Presse", daß die päpstliche Regierung einen Einmarsch der italienischen Truppen in das päpstliche Gebiet und eine Einnahme Roms befürge, welche den Zweck haben würde, den Papst und die Carabinieri an der Abreise nach Civitavecchia zu hindern.

Paris, 9. Oct. Der Kronprinz von Italien reist heute Abend über Venedig nach Italien zurück. — Der "Abendmoniteur" meint in seiner Wochenschrift, daß die italienischen Ereignisse die Regierung des Königs Victor Emanuel bestimmen dürften und fügt hinzu, daß Rom fortwährend rubig sei. — Das Theilungsarrangement der päpstlichen Schulden ist zwischen Italien und Rom geordnet. — Einer Mitteilung der "Patrie" zufolge hat Saint Vallier, Chef des Marquis de Moustier, seine Funktion wieder übernommen. Dasselbe Journal sagt: In den Nordost-Departements sind jetzt 22 Regimenter Infanterie, 8 Bataillone Chasseurs und 17 Regimenter Cavallerie. Seit der Aufhebung des Lagers von Châlons sind nur 3 Regimenter Infanterie dorthin gesandt worden. Es finde somit eine Truppenansammlung in jenen Departements nicht statt. — "Etendard" sagt, man müsse die September-Convention, die sich so wirksam bewiesen, aufrecht erhalten. In Florenz und Paris habe man dies auch begriffen.

Weimar, 10. Oct. Der König von Preußen ist heute Mittag 1 Uhr von hier abgereist, und hat sich zunächst nach Frankfurt begeben, wo er übernachten wird. Für morgen sind Besuche in Wiesbaden bei dem Prinzen und der Prinzessin von Wales, sowie in Darmstadt beabsichtigt. Morgen Abend wird Se. Maj. in Baden-Baden eintreffen.

Stuttgart, 9. Oct. Wie der "Staatsanzeiger" meldet, wird der Minister der auswärt. Ang. den Ständen eine Vorlage zugehen lassen, betr. eine zwischen Württemberg, Bayern, Baden und Hessen abgeschlossene Uebereinkunft v. 5. Febr. d. J. über die gemeinsame Organisirung der süddeutschen Wehrkräfte. Der Minister empfiehlt die Uebereinkunft der ständischen Genehmigung.

München, 10. Oct. Das "Pastoralblatt" der Münchener Erzbischöfe veröffentlicht die Immediatvorstellung des bayerischen Episkopats an den König in Betreff der Schulfrage. Das Gesuch bezweckt, wie es wörtlich in dem Schriftstück heißt, "das Recht der Kirche und Familie zu wahren gegen Bestrebungen, welche, sicherlich zum Unheil der Staatsgewalt, dieselbe zur einzigen und anschließlichen Leiterin der Schule zu machen gedenken."

Karlsruhe, 9. Oct. Der Finanzminister hat der Kammer der Abgeordneten das außerordentliche Budget pro 1868 und 1869 vorgelegt, welches durch neue Anforderungen zur Deckung des Mehrbedarfes der Militärverwaltung den vorjährigen Betrag um 5% Millionen übersteigt. Die nötigen Summen sollen größtentheils durch Anleihen aufgebracht werden.

Wien, 10. Oct. Das Unterhaus des Reichsraths nahm das Wehrgesetz mit einigen Amendements in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung an. Das Oberhaus des Reichsraths hat eine Commission zur Berathung dieser Vorlage ernannt.

Berl., 10. Oct. Die Deputirtenstafel hat den vom Finanzminister eingebrochenen Gesetzentwurf betreffend die Eisenbahn-Anleihen einstimmig angenommen.

Triest, 10. Oct. Überlandpost. Hongkong, 28. Sept. Aus Singapore wurde vom 7. v. M. gerüchtweise gemeldet, der Tsailun von Japan habe zu Gunsten seines Bruders abgedankt. Der spanisch-chinesische Handelsvertrag ist ratifiziert.

Stockholm, 10. Oct. Der diesseitige Gesandte am lgl. preuß. Hofe, Kammerherr von Sandströmer, ist nach Berlin abgereist. — Die Genesung des Königs macht rasche Fortschritte. — Nach Berichten aus Hayaranda ist dort der Winter bereits völlig hereingebrochen; in Folge des diesjährigen Wissmachses liegt man die lebhaftesten Befürchtungen vor einer Hungersnoth.

London, 10. Oct. "Times" zufolge ist für Getreide-Import nach England in diesem Jahre bereits die Summe von 7½ Millionen Pf. St. mehr verausgabt worden als bis zu dem correspondirenden Datum des vergangenen Jahres.

London, 10. Oct. Die Eröffnung des Parlaments findet am 19. November statt. Im Laufe der nächsten Woche wird Lord Lyons den Botschafterposten in Paris antreten. In Edinburgh hat eine Explosion stattgefunden, bei welcher 5 Menschen getötet und 7 beschädigt wurden.

London, 10. Oct. Nach telegraphischen Berichten aus New-York hat im Staate Iowa die republikanische Partei,

in Pennsylvania die demokratische bei den Wahlen den Sieg davongetragen.

Petersburg, 10. Oct. Die "Nordische Post" versichert, daß behufs des Verkaufs der Nicolai-Bahn die Actionäre der großen Eisenbahngesellschaft zu einer Versammlung berufen werden sollen. Die Obligationen der Nicolai-Bahn werden erst im J. 1869 emittirt werden, da die aus der letzten Anleihe vorhandenen Summen ausreichen, um die in diesem und dem nächsten Jahre nötigen Bauten zu decken.

Frankfurt a. M., 10. Oct. Nachm. 1 Uhr. Fest und animirt. Amerikaner 74½ %, comp., 74½ % med., Credit-Aktien 164, Steueraktie 54, 1860er Rothe 65½, Österl. National-Aktie 50, Staatsbahn 222½, Bayerische Prämiens-Aktie 96½, Badische Prämiens-Aktie 94½.

Triest, 10. Octbr. Der Lloyd-Dampfer "Apollo" ist heute mit der ostindisch-chinesischen Überland-Post aus Alexandria hier eingetroffen.

London, 10. Oct. Consols 94½, Amerikaner 71½, Italiensche Rente 46½.

Paris, 10. Oct. Bankausweis. Vermehrt: Portefeuille um 9½ Millionen Frs. Vermindert: Baarvorrahd um 25½, Vorschüsse auf Wertpapiere um ½, Notenumlauf um 3½, Guthaben des Staatschakos um 1½, laufende Rechnungen der Privaten um 15 Millionen Frs.

Paris, 10. Oct. Nachm. 12½ Uhr. 3% Rente 68, 60, Italiensche Rente 46, 25, Credit mobilier 177, 50, Amerikaner 81½.

Wien, 10. Octbr. Wechselkurse. Unbelebt aber fest. Credit-Aktien 174, 40, Nordbahn 167, 50, 1860er Rothe 81, 60, 1864er Rothe 72, 30, Staatsbahn 234, 60, Galizier 207, 00, Napoleonswör 9, 94.

London, 10. Oct. Bankausweis. Notenumlauf 24,527,035 (Abnahme 349,980), Baarvorrahd 24,109,034 (Abnahme 385,081), Notenreserven 13,461,975 (Abnahme 157,575) £.

London, 10. Oct. Aus New-York vom 9. d. Mis. Abde. wird vor atlantisches Kabel gemeldet: Wechselkours auf London in Gold 109½, Goldago 43, Bonds 112½, Illinois 122, Eriebahn 69½, Baumwolle 20, raffinirtes Petroleum in Philadelphia, Type weiß, 36.

Norddeutscher Reichstag.

17. Sitzung am 10. October.

Über einen Antrag des Abg. Lasker auf Untersuchung der Wasserstraßen im Nordd. Bunde wird Schlussberathung beschlossen. Es folgt alsdann die Schlussberathung über den (bereits mitgetheilten) Antrag des Abg. Lasker über die Aufhebung der Binsbeschränkungen. Ref. v. Salzwedell beantragt die Beschlussfassung darüber zu vertagen bis zur Abstimmung über den Gesetzentwurf betr. die Errichtung von Hypothekenbanken. Cor.-Ref. Abg. Braun beantragt Annahme des Laskerschen Antrags. Zu demselben sind mehrere Amendements eingegangen. 1) Ein Antrag von Dr. Endemann. Derselbe bezieht sich auf vollständige Freiheit im Geldverkehr ohne irgend eine Beschränkung. 2) Dr. v. Schweizer will, wie bereits gemeldet, daß von Darlehen unter 100 Thlr. nicht mehr als 6 Prozent genommen werden dürfen und seit 3 Monaten Gefängnis und zugleich eine Geldstrafe bei Übertretung der Bestimmung fest. 3) Abg. Dr. Schwarze beantragt § 2 so zu fassen: "Derjenige, welcher für eine Schulden dem Gläubiger größere Vortheile als die Verzinsung nach jährlich sechs vom Hundert gewährt oder zusagt, ist zu einer halbjährigen Kündigung des Vertrages befugt. Jedoch kann er von diesem Besugnis nicht unmittelbar bei Eingehung des Vertrages, sondern erst nach Ablauf eines halben Jahres Gebrauch machen. Vertragsbestimmungen, durch welche diese Vorschrift zum Nachtheile des Schuldnerns beschränkt oder aufgehoben wird, sind ungültig."

Ref. v. Salzwedell. Ohne die gleichzeitige Errichtung von Hypothekenbanken werde das Kapital die vollständige Herrschaft über den Grundbesitz erlangen. Die Verufung auf andere Länder treffe nicht zu. Was England betreffe, so bestehen gerade die Binsbeschränkungen für Darlehn bis zu 50 £ fort. England habe einen Überschuss an Kapital dort und der Grundbesitz befindet sich meist in den Händen von Pächtern. Auch seien die in England gemachten Erfahrungen der Aufhebung der Binsbeschränkungen keineswegs günstig. Es sei für jetzt gegen den Laskerschen Antrag, könne sich aber event. für das Amendent Schweizer erklären, welches verhindern sollte, daß die Noth der kleinen Leute nicht ausgebeutet werde; freilich werde es keine große praktische Wirklichkeit haben, da sich die Fälle der Zu widerhandlung der Cognition des Richters meist entziehen würden.

Corref. Abg. Braun (Wiesbaden) erwähnt, daß aus Erfurt eine Petition zu Gunsten der Aufhebung der Buchergesetze im Interesse des städtischen und ländlichen Grundbesitzes eingegangen sei und will sich, da diese Frage bereits hinreichend verhandelt worden, darauf beschränken, die Erfahrung in andern Ländern zu erwähnen. In Norwegen, in Österreich und in Frankreich sind allerdings die Binsbeschränkungen nach ihrer Aufhebung wieder hergestellt worden, da man nachtheilige Wirkungen zu verhindern glaubte. Es ist dabei zu bedenken, daß das betr. österreichische und französische Gesetz die eigentlichste Bestimmung enthält, daß nach der Aufhebung der Binsbeschränkungen denjenigen Darlehns geschäften, für welche ein höherer Binsfuß, als 5 Prozent festgesetzt worden, die gerichtliche Klagebarkeit abgesprochen wurde. In Norwegen sind die Binsbeschränkungen zum zweiten Male bereits wieder aufgehoben worden, so daß jetzt vollständige Freiheit des Binsfußes existiert. In England ist die Gesetzgebung auch hier, wie überall, langsam und gemessen Schrittes gegangen; man hat die Beschränkungen nicht auf einmal abgeschafft, sondern hat mit denen für größere Kapitalien den Anfang gemacht; die Angabe des Referenten, daß die Beschränkungen für kleinere Kapitalien noch bestehen, ist aber nicht richtig; das einzige Gebiet, wo dies in England der Fall ist, sind die Pfandleihen. Wenn der Hr. Ref. sagt, daß in England viel mehr Kapital vorhanden sei, so muß ich entgegnen, daß aber auch viel mehr Verwendung und Nachfrage nach Kapital vorhanden ist. In Frankreich bestehen allerdings auch jetzt noch die Binsbeschränkungen, aber es

wird von allen Seiten Sturm dagegen gelaufen; und der französische Staatsrat hat kürzlich eine Commission niedergefestzt, die nach eingehenden Erhebungen zu der Überzeugung gekommen ist, daß auch in Frankreich die Stunde für die Freigabe des Binsfußes geschlagen habe. Wenn der Hr. Ref. behauptet, daß die Landwirtschaft in Frankreich sich in einem blühenden Zustande und großartigem Aufschwung befindet, so ist er im Irrthum; der Kaiser von Frankreich wenigstens hat es im J. 1864 selbst mit dünnen Worten ausgesprochen: "Die französische Landwirtschaft leidet". In Spanien sind die Binsbeschränkungen 1856 resp. 1864 aufgehoben u. es besteht hier nur die Beschränkung, daß bei Binsversprechungen über 5 Proz. eine schriftliche Beurkundung erforderlich ist, eine Borschrift, die sich besonders für den Übergangszustand sehr empfehlen dürfte. In Italien ist die Freigabe des Binsfußes 1857 erfolgt, und der Binsfuß ist dort auf 2 p.C. gefallen, statt zu steigen. In Belgien hat man 1865, in mehreren Kantonen der Schweiz gleichfalls schon seit längerer Zeit die Beschränkungen aufgehoben, in Genf hat man dabei die Beobachtung gemacht, daß sich der Binsfuß für Hypothekendarlehen fast ausnahmslos auf 5 p.C. erhalten hat. In Dänemark sind die Beschränkungen 1855 aufgehoben worden mit Ausnahme der Binsen für Hypothekendarlehen, und seltsamer Weise hat man dabei dem Ministerium die Befugnis ertheilt, auf besonderes Nachsuchen einen höheren Binsfuß festzusetzen. Im Königl. Sachsen ist seit 1864 der Binsfuß ganz frei gegeben; es ist nur die Beschränkung eingeführt, daß bei einem Binsfuß von mehr als 6 p.C. nur halbjährige Kündigung zulässig ist. In Bayern sind seit 1861 die strafrechtlichen Bestimmungen aufgehoben; die Regierung hat aber soeben dem Landtage den Gesetzentwurf vorgelegt, der auch die civilrechtlichen Beschränkungen aufheben soll. In Württemberg ist dies seit 1849 schon geschehen. Vor 1849 waren dort nämlich der Binsfuß freigegeben für alle, welche wechselseitig waren. Als aber durch Einführung des allg. deutschen Wechselrechts alle wechselseitig wurden, waren damit auch alle Binsbeschränkungen für alle Schwaben aufgehoben; und sie haben es nicht einmal gleich gemacht (Heiterkeit), sondern erst nach Jahr und Tag. In Baden besteht gleichfalls Binsfreiheit, trotzdem ist der Binsfuß auf 4½ p.C. stehen geblieben. In Oldenburg sind die Beschränkungen seit 1858 aufgehoben und nur das Verbot der Binsengenossen beibehalten worden, und ein günstiger Erfolg dieser Maßregel ist amtlich constatirt; in Sachsen-Koburg seit 1860 und das Ministerium hat 1865 erklärt, daß eine nennenswerthe oder bedenkliche Neigung zur Erhöhung des Binsfußes sich nirgends gezeigt habe. In Weimar-Eisenach sind die Buchergesetze 1865 suspendirt worden und eine günstige Wirkung dieser Maßregel ist öffentlich constatirt worden. In Bremen, Lübeck, Frankfurt und Hamburg sind die Beschränkungen gleichfalls aufgehoben. Das Werk der Verstörung der Binsbeschränkungen hat überall begonnen, und es läßt sich kein Einhalt mehr bieien, selbst wenn man wollte. Es ist schwer zu glauben, daß die deutsche Nation hinter allen diesen Staaten an intelligenten und volkswirtschaftlicher Entwicklung in ihrem Culturn-Busen so weit zurückstehe, daß sie noch Schranken bedürfe, die andere schon niedergeworfen. Die Frage der Hypothekenbanken mit dieser Frage in Verbindung zu bringen, kann ich nicht rechtfertigen. Es ist richtig, der Hypothekencredit leidet gegenwärtig. Ob dieser Calamität durch die Aufhebung der Binsbeschränkungen allein zu helfen ist, ist wohl zweifelhaft. Die Erwerbung des Grundelgentums erfordert gegenwärtig zu viel Zeit, Mühe und Kosten; die Hypothekeninrichtungen sind viel zu schwierig und es ist nicht zu leugnen, daß die Gesetzgebung die Creditverhältnisse des Grundbesitzes gegen den Handel benachtheilt. Es müssen deshalb neue Formen gefunden werden, die den Bedürfnissen des Grundelgentums entsprechend sind. Im Mittelalter hatte man die Form des Rentenkäufes; diese ist der modernen Entwicklung gewichen, ohne auf andere Weise ersetzt zu werden. An Stelle dieser muß eine neue Institution treten; die Emission unländbarer Papiere auf den Inhaber ist der Anfang dazu; hier müssen wir weiter gehen. Es ist sodann eine Revision der Hypothekenlegislation durchaus erforderlich, da die bisherige die Circulation des Capitals außerordentlich erschwert; sodann ist eine gleichförmige Bankgesetzgebung für den Bund erforderlich, und ich hoffe, daß die Bundesregierungen diesen dringenden Aenderungen nachzukommen suchen werden. Durch eine Vertagung des Laskerschen Antrages würde man den in Deutschland schon oft gemachten Fehler wiederholen: "Entweder Alles oder gar nichts." Außerdem wird die Aufhebung der Binsbeschränkungen der Errichtung von Hypothekenbanken nur förderlich sein. Der Laskersche Antrag verdient vor dem Endemann's den Vorzug, weil er sich mehr an die Formen der preuß. Gesetzgebung anschließt. Da ½ Preußen im Bunde sind, so ist solcher Anschluß gereift, wenn es den übrigen Staaten nichts schadet. Er wird uns erleichtern, das Ziel zu erreichen, und das ist die Hauptfache, ob wir dabei etwas mehr rechtes oder linkes geben, ist gleichgültig. (Beifall.)

Vom Abg. v. Brandenburg ist ein neuer Antrag eingegangen: An den Hrn. Bundesanwalt, falls der Laskersche Antrag angenommen werde, die Bitte zu richten, baldmöglichst und noch jedenfalls vor Aufhebung der Binsbeschränkungen dem Reichstage vorzulegen 1) ein Gesetz über Gründung von Hypothekenbanken und 2) ein Gesetz, betr. die Aufhebung der persönlichen Schuldhaft.

Präsident Delbrück gibt die Erklärung ab, daß der Bundesrat, der zweite gesetzgebende Körper, sich erst nach der Beschlusnahme des Reichstages über den Gesetzentwurf entscheiden könne, und daß daher die Aenderungen der einzelnen Bundeskommissare als Aenderungen des gesamten Bundesrates nicht anzusehen seien. — Abg. Dr. Endemann: Er könnte erst in zweiter Linie für den Laskerschen Antrag stimmen, da derselbe nur auf die preuß. Verhältnisse berechnet sei. Der letzte Paragraph dieses Entwurfes kann keine An-

wendung finden auf diejenigen Länder, die die im § 2 festgesetzten Beschränkungen nicht mehr kennen. Es ist unsere Pflicht, nur solche Gesetze zu schaffen, die allgemeine Geltung haben sollen. Den einzelnen Landtagen muß in Beziehung auf Rechtslegislative so wenig Spielraum gelassen werden, wie möglich. Sonst ist der Vortheil der gemeinsamen Gesetzgebung nur ein halber. Am wenigsten aber darf, wie das im vorl. Entwurf der Fall ist, die Provokation zum Erlass neuer Gesetze für die einzelnen Landtage enthalten sein. Es ist doch unmöglich, daß die allgemeine Gesetzgebung von der spezielleren fordern sollte, sie solle von ihren Errungenschaften zu Gunsten eines Schlechteren für das Ganze zurücktreten. Aber noch höher als vom Standpunkte der Erfahrung erscheint mir die Sache im Lichte der Wissenschaft und der historischen Entwicklung. Die Entwicklung des Creditbegriffes der Alten ist unterbrochen durch die Zustände des Mittelalters. Nicht aus gewissen Zweckmäßigkeitssüchtern verbot man das Binsennehmen, es war absolutes Glaubensdogma, aus dem Gelde als solchem dürfe in keiner Beziehung eine Frucht hinauswachsen. Dies Dogma ging dann in die Gesetzgebung über. Heute zu Tage hat sich der Creditbegriff vervollkommen, Credit braucht heute Jeder eben so wie irgend ein anderes Gut, und da bleibt nichts anderes übrig, als die allgemeinen Grundsätze der Verkehrsfreiheit auch auf diese Verhältnisse anzuwenden. Das sind die Grundsätze, die mich bewegen, für eine radikale Aufhebung aller dieser Beschränkungen zu stimmen. (Redner befürwortet nunmehr die einzelnen Paragraphen seines Entwurfs.)

Abg. Schwarze: Die Hebung des Realcredits ist nicht durchaus von der Verbesserung der Hypothekenordnung, sowie des Substaats- und Concursverfahrens zu erwarten, sondern von der Selbsthilfe durch freie Association. Das Buchergesetz übt eine entschädigende Wirkung auf das ganze Publikum aus, auf diejenigen, die Geld leihen und die Geld brauchen. Ich habe in meiner amtlichen Stellung oft Gelegenheit gehabt, diese Beobachtung bei zahlreichen Denunciations zu machen. Der Entwurf des Abg. Endemann sei zu radical und zu theoretisch. Mein Amendment zum § 2 des Lasler'schen Entwurfs soll die Beschränkung einfügen, daß von jener Befugnis nicht vor Ablauf eines halben Jahres Gebrauch gemacht werden darf. — Abg. v. Granach gegen den Lasler'schen Antrag, hauptsächlich mit Rücksicht auf die alten preuß. Provinzen. Sämtliche Kategorien der Grundbesitzer würden schwer dadurch gefährdet werden. Die Geldnot der Grundbesitzer ist notorisch; ihren Grund hat sie in der Großartigkeit der Industrie neuerer Zeit, in der Schwefälligkeit der Hypothekenordnung, in der Einführung der Grundsteuer, in der Aufhebung der Binsbeschrankungen für die chirographarischen Darlehen und namentlich auch in der Umwandlung des indirekten Steuersystems in ein directes. Der Grundbesitz kann auf die Dauer doch nicht mehr als 5% zahlen.

Abg. Russell (Oldenburg): Das Geld ist eine Waare, durch Festsetzung des Binsages fixiren Sie den Preis derselben, um die Leute, welche die Waare nötig haben, zu unterstützen. Warum beschränken Sie sich denn aber auf Fixirung des Capitalpreises und normieren nicht gleichzeitig mit demselben Recht den Preis aller notwendigen Lebensbedürfnisse? Der Beweis, daß die Buchergesetze nicht durchführbar sind, liegt in der geringen Zahl von Projekten, die wegen Buchers eingeleitet werden, während doch der Bucher überall in Blüthe steht. Man kommt durch die Binsbeschrankungen nur den Bucherern selbst zu Hilfe, und ich berufe mich hierbei auf das Urtheil eines Fachmannes — das heißt eines Bucherers, der auf meine Anfrage, ob er die Aufhebung der Buchergesetze für nützlich halte, antwortete, daß er in dieser Maßregel nur das größte Unglück des Landes erblicken könne. In Oldenburg hat sich nach Beseitigung der Buchergesetze nirgends ein Nachteil herausgestellt, außer für die Bucherer selbst, die sich früher außer dem Risiko des Capitalverlustes noch das Risiko vergüteten lassen konnten, das sie den Strafgesetzen gegenüber übernahmen.

Abg. Wagener (R.-Stettin): Der Abg. Braun habe erklär, daß in dieser Frage nichts Neues mehr zu sagen sei; er trete deshalb etwas schüchtern auf die Tribüne. Bisher habe er stets die Frage noch nicht für ausgetragen gehalten. Da die Sache jetzt ernst werde, so müßten die Gegner des Antrages mit allen Gründen dagegen auftreten. Der Staat kann den Grundatz nicht als zuverlässig anerkennen, den Binsatz sich selbst regulieren zu lassen; es ist ein Schwund, zu glauben, daß die Bucherer dadurch plötzlich zu Lämmern werden und die Kapitalisten ihr Geld umsonst hergeben würden. In England hat man die Binsbeschrankungen für Immobilien erst 25 Jahre später abgeschafft als für bewegliches Eigentum, weil man einsah, daß ein Übergangsstadium notwendig sei, wenn man den Grundbesitz nicht schädigen wolle. Es ist allerdings keine Parteifrage, um die es sich handelt, wohl aber eine sociale und politische Machtfrage in eminentem Sinne. Durch den Aufschwung unserer Industrie hat das Geldkapital ein solches Übergewicht über das Grundvermögen erhalten, daß es diesem seine Bedingungen dictieren kann. In früherer Zeit ist man immer wieder zu den Binsbeschrankungen zurückgekehrt wegen des schädlichen Einflusses, den ihre Aufhebung zur Folge hatte; wenn man jetzt von einem Nachteil durch Freigabe des Binsages nichts bemerkt, so liegt dies darin, daß man Zustände jetzt schon als normal und wohlthätig betrachtet, die früher unerträglich waren. Wenn man jetzt sagt, Ihr könnt so viel Binsen nehmen wie Ihr wollt, so wird sich — als nothwendige Reaction — bald das entgegengesetzte Verlangen geltend machen, gar keine Binsen mehr zu bezahlen. Die ganze Ursache unserer sozialen Verhältnisse liegt darin, daß die politische und soziale Entwicklung nach entgegengesetzten Richtungen gehen. Während die letztere die Summen des Geldkapitals in den Händen Einzelner aufhäuft, geht die politische Entwicklung dahin, die Macht und den Einfluß durch das allgemeine Stimmrecht ganz allgemein zu machen. Dadurch gehen wir einer Krisis entgegen, die durch Annahme des Lasler'schen Gesetzentwurfs nur verschärft wird. Der Grundbesitz ist zurückgegangen, da seit Friedrich dem Großen zur Hebung Grundredits nichts mehr geschehen ist. Ich wünschte oft, daß der Staat selbst Hypothekenschulden hätte, dann würde das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Binsbeschrankungen in ihm wahrscheinlich ebenso lebhaft sein, wie das vor der Festsetzung des Binsages für Staatschulden. Will er aber den Binsfuß freigeben, so müßte er es auch mit dem Bankverkehr thun. (Ruf links: Sehr richtig.) Sie werden nicht „sehr richtig“ rufen, wenn sie das Folgende gehört haben. Die Regierung kann aber nicht bestehen, wenn im Innern des Staates Geldmächte vorhanden sind, denen sie nicht gewachsen ist, es ist deshalb ein Staatsinstitut notwendig, welches die Privatinstitute regulieren kann. Bisher war das Buchergeschäft nur in den Händen einiger gewissenloser Männer, in Zukunft werden

sich auch alle anständigen Leute ungeheure Binsen zahlen lassen, da jeder das Bestreben hat, das, was er besitzt, möglichst hoch zu verwerthen. Hierdurch wird eine ganz andere Richtung, die der Spekulation hervorgerufen, welche — wie Stuart Mill selbst verschämt zugibt — ihrerseits selbst wieder Angebot und Nachfrage regulirt und dadurch den Preis des Geldes bestimmt. Sollte der Lasler'sche Antrag dennoch angenommen werden, so wollen wir wenigstens nur materielle Gegenstände, nicht die Person selbst für die Schuld verhaften lassen.

Abg. Schulze (Berlin): Die Angriffe, denen unser Gesetzentwurf ausgesetzt ist, kommen von zwei entgegengesetzten Seiten, der sozialdemokratischen und der conservativen; beide verlangen Eingriffe der Gesetzgebung in den freien Verkehr zu Gunsten einer besonderen Klasse. Die Conservativen verlangen für sich die Gründung einer Hypothekenbank mit einem Staatszuschuß zu möglichst geringen Binsen. Gerade durch Aufrechterhaltung der Binsbeschrankungen unterbindet man dem Bodencredit die Avers. Das Grosscapital kann jetzt mit derselben Sicherheit, welche die Hypotheken gewähren, in gewerblichen Anlagen untergebracht werden, die einen ungleich höheren Ertrag bringen. Ihr Pfandbriefinstitut, womit Sie dem Grundbesitz zu helfen glauben, verlangt das Capital unlösbar; dagegen läßt sich nichts sagen, wenn es wenigstens amortisiert werden soll; aber davon ist nicht die Rede; Sie sagen: nur her das Geld, zurückgegeben wird nichts. Den Antrag des Abg. Blandenburg acceptiren wir gern, nur sieht er so aus, als wollte er den unfreien blos vertagt wissen; jedenfalls werden wir Sie später beim Worte nehmen. Das liegt anständige Männer ihr Geld nicht höher verwerthen können, als zu dem gesetzlichen Binsfuß für Hypotheken, habe ich bereits vorher als irrig bezeichnet; ich sehe hier einige Männer vor mir sitzen (auf Rothschild, Meier von Bremen u. A. zeigend), die Ihnen auf Anfragen bestätigt werden. (Heiterkeit.) Obwohl ich nicht als Rittergutsbesitzer hier auftreten kann, so halte ich doch das Gewerbe des Landbaues für das allerwichtigste; ich werde stets bereit sein, die Interessen derselben zu fördern, doch zu solchen Maßregeln kann ich nicht helfen. Auch der Schweizer'sche Antrag will Ausnahmen zu Gunsten einer bestimmten Bevölkerungsklasse. So wie gegen die Binsbeschrankungen für Immobilien eine Petition von Seiten der Grundbesitzer Berlins ergangen ist, so ist mir so eben gegen das v. Schweizer'sche Amendment eine Petition von Mitgliedern des Berliner Arbeitervereins zugegangen. Die Arbeiter wollen von dem Geschenk, mit dem die Sozial-Demokratie sie beglücken will, nichts wissen. Das von dieser letzteren Seite vorgetragene um Staatshilfe gestellt werden, taun übrigens nicht Wunder nehmen, wenn man sieht, wie die besteuerten und höchstgestellten Gesellschaftsklassen Staatsmittel zu ihren Gunsten in Anspruch nehmen wollen; dann allerdings kann die arbeitende Bevölkerung mit um so größerem Rechte kommen. Die Herren werden dann sagen, fünf bis sechs Prozent der Bevölkerung zu unterstützen, kann der Staat wohl ertragen, nicht aber 80—90 Prozent; sie mögen darin Recht haben, aber wo bleiben dabei die Gesetze der Sittlichkeit und Gerechtigkeit? Gerade die höchstriviligirten Stände haben mehr Schuld an der Schärfung der sozialen Gegensätze, als die Irrelehrn einzelner Führer. Dem mobilen Capital wurde vorgeworfen, es strebe nach der Herrschaft über den Grundbesitz; allerdings will das Capital herrschen, aber nicht über den Grundbesitz selbst, sondern über die in demselben schlummernden Kräfte; darum bewerben Sie sich um die Bundesgenossenschaft dieses Capitals und versuchen Sie nicht, es zu bekämpfen.

Abg. Dr. v. Schweizer empfiehlt sein Amendment und ist im Uebrigen für das Gesetz, obwohl dessen Tendenz dahin geht, das Capital freier und mächtiger zu machen. Er fährt dann fort: Es liegt im Bug der Zeit, daß das Capital sich in einzelnen wenigen Händen concentrirt. Diese Bewegung, die uns allerdings feindlich ist, wollen wir jetzt noch zu beschleunigen. Denn auf eine wirkliche Lösung der sozialen Frage haben wir dann erst Hoffnung, wenn die Gegensätze sich klar gegenüberstehen; wenn eine, an Anzahl kleine, aber an Geldmacht große beständige Klasse gegenübersteht dem blutarmen Proletariat. Deshalb stimmen wir für alle diese Gesetze (sowie für Freizügigkeit, Gewerbefreiheit u. c.), um die Herbeiführung dieses Zustandes zu beschleunigen. Es könnte nur scheinen, daß mein Amendment mit diesem Bestreben in Widerspruch stehe, indem es die Tendenz hat, den armen Mann zu schützen. Mr. H., man sagt: Das Proletariat habe einen engen Kopf, aber eine dicke Faust. (Widerspruch.) Ich will hier nicht anspielen auf eine gewaltsame Lösung, mein Antrag soll aber nur verhindern, daß das niedere Volk, die ärmeren Klassen, nicht entnervt, nicht ganz kampfunfähig gemacht werden. Hr. Schulze hat es für gut befunden, von vorn herein anzunehmen, daß wir mit den Conservativen gingen, und Triumphgeschrei auf der Linken begleitete seine Worte. Wir haben nichts mit diesen Anträgen zu thun. Wie sollten wir auch dazu kommen? Der mittlere und kleine Grundbesitz ist verloren, und wir haben keinen Grund, ihm zu helfen. Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo der Grundbesitz nur noch eine productive Wirkung hat in der Hand des Capitalisten, ebenso wie die Maschine und die Arbeiter, wo eine industrielle Bewirtschaftung des Grund und Bodens sich Bahn bricht. Das Beispiel Englands bestärkt mich in dieser Ansicht. Der Grundbesitz hätte sich auch dort nicht in den Händen des großen Adels gehalten, wenn nicht aus den großen Feudalherren große Schächer geworden wären, oder, wie man sie heute nennt, große Industrielle. (Heiterkeit.) Wer von den Grundbesitzern das Geschick hat, in der Art umzustatten, der hält sich, die übrigen gehen zu Grunde. Der Grundbesitz ist dem Untergange verfallen. (Allgemeines Gelächter.) Und wenn ich für dies Gesetz jetzt stimme, so thue ich es nicht aus Sympathie für den Grundbesitz, sondern aus Bosheit. (Unruhe rechts, Gelächter links.) Mein Amendment soll gewisse Klassen schützen, weil für sie die freie Konkurrenz fehlt. Wenn Jemand 10,000 R. zur Vergrößerung seines Geschäfts braucht, so kann er dies wohl in die Börsische Zeitung setzen lassen. Wenn aber Jemand 5 R. pumpen will, so muß er heimlich bei Nacht und Nebel danach in der Stadt herumgehen. (Heiterkeit.) Selbst Roscher, gewiß ein liberaler Mann, erklärt, daß die Aufhebung der Bucher-Gesetze nur für die Kreise gelten könne, wo die Vorauseitung der freien Konkurrenz vorhanden ist. — Es gibt Darlehen zu productiven Zwecken, meist größere Summen, für die leicht und bequem Binsen gezahlt werden können, sodann gibt es eine Art von Darlehen, von denen die bekannte Anekdote von Saphir und Hrn. v. Rothschild einen Beweis gibt. Als nämlich Hrn. v. Rothschild erzählte haben soll, daß ihm der Arzt Bemegung angerathen habe, sagte Saphir zu ihm: „Pumpen Sie mir 100 R., dann können Sie sich die Beine ablaufen, bis Sie sie wieder bekommen.“ Ein solcher Schriftsteller braucht das Geld wohl

nicht zu produktiven Ausgaben, sondern vielleicht um seinen Schreiber zu bezahlen oder um Champagner zu trinken. Und es ist wohl anständig, hier das Geld ohne Binsen zu geben (Heiterkeit). Und wenn hier das Binsennehmen auch unanständig ist, so ist es doch nicht widerträglich. Niederträchtig ist es aber, wenn Jemand vor seinen Mitmenschen, die sich in bitterer Not und Elend befinden, Binsen nimmt; das ist unehrenhaft. Deshalb habe ich eine Beschämung vorschlagen, da bei den Darlehen unter 100 Thalern in der Regel anzunehmen ist, daß der Darleher aus bitterer Not in ein Darlehen sucht. Die englische Gesetzgebung steht mir hier durchaus zur Seite, da dort für Darlehen unter 10 Pfund die Beschränkungen noch bestehen. Die Ansicht, daß nach Aufhebung der Beschränkungen dem kleinen Verkehr mehr Capital zugiebt, ist nicht richtig. Ich möchte die Capitalisten des Hauses interpelliren, ob sie nach Aufhebung der Binsbeschrankungen Capitalien von 10—50 Thlr. dem Kleinverkehr zur Verfügung stellen wollen. Ich bin überzeugt, sie werden es nicht thun. Der Capitalverkehr, der die Summen bleibt in den Händen der Klasse von Leute, die als Kehlabnehmer bezeichnet werden, die mit 1000 Thlr. Capital jährlich 2—500 Thaler Binsen machen wollen. Es ist richtig, ob die Beschränkungen aufgehoben werden oder nicht, gewußt wird doch; aber es ist doch besser, wenn wenigstens ein kleiner gesetzlicher Schutz besteht, hinter den sich die von Bucherern Verfolgten schützen noch retten können. Das Volksbewußtsein ist gegen den Bucher gerichtet; es ist dies ein gutes, altes ehrliches Volksbewußtsein, das den, der die Not und das Elend ausbeutet, für einen miserablen Kerl erklärt. — Schlagt Sie diesem Volksbewußtsein nicht ins Gesicht. Hr. Schulze hat es für gut befunden, allerlei Dinge zu erwähnen, die nicht zur Sache gehören. Er hat gesprochen von social-demokratischen Agitatoren in nicht sehr respectablen Ausdrücken. Diese Provokation war hier nicht am Platze. Es findet sich vielleicht bald eine Gelegenheit, wo ich die Grundsätze des Socialismus vertheidigen kann; dann werde ich Hrn. Schulze zur Rede stehen. Nehmen Sie meine Amendments an, es handelt sich um den Schutz der Armen.

Bundestagsabg. Dr. Bismarck erläutert, daß er den Standpunkt der preuß. Regierung in dieser Frage bezeichnen wolle. So viel mir gegenwärtig ist — sagt er — ist auf dem preuß. Gebiet — alten und neuen Stiles — so wie auf sächsischem Gebiet, die Freiheit des Binsages bereits in einer Ausdehnung vorhanden, daß die Annahme des von dem Hrn. Vorredner vertretenen Grundsatzes für den größeren Theil des Bundesgebietes wieder eine Aufhebung dieser Freiheit zur Folge haben könnte. (Ruf: sehr richtig!) Die Stellung der preußischen Regierung ist durch ihre Antecedentien in dieser Frage gebunden. (Bravo.) Ich würde als Vertreter der preuß. Regierung dem Prinzip, welches dem Lasler'schen Antrage zu Grunde liegt, nicht entgegentreten können, auch wenn es nicht gelingen sollte, die Verbindung mit einer Reform der Hypothekengesetzgebung, die von dieser Seite in Aussicht genommen, herbeizuführen. (Beifall.) Wohl aber halte ich diese Verbindung in hohem Grade für wünschenswert und würde, wenn sie in dieser Verfaßung nicht herbeigeführt werden könnte, doch meinerseits mich für verpflichtet halten, den Versuch zu machen, ob ich auf dem Gebiete der Bundesgesetzgebung glücklicher bin in den Bemühungen, die Schäden unserer Hypothekenordnung zu heilen, als auf dem Gebiete der Landesgesetzgebung, auf welchem es mir, wie ich zu meiner Beschämung bekennen muß, in einer doch einflußreichen Stellung nicht gelungen ist, diese Angelegenheit auch nur um Haars Breite zu fördern. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann daher diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne diese Frage zum Anknüpfungspunkt im Sinne der Bestrebungen, wie sie in dem Antrage des Abgeordneten von Blandenburg hervortreten, zu nehmen, um zu sehen, ob wir einen Ausgangspunkt zur raschen Erledigung der Hypothekenverhältnisse auf dieser neuen Bahn zu gewinnen im Stande sind. Um nicht in dem Sinne mißverständlich zu werden, wie der Abg. Schulze die Angelegenheit ansieht, bemerke ich, daß es nach den Ansichten der Regierung nicht um eine Staatsunterstützung sich handelt (Hört!), — eine solche könnten höchstens diejenigen Klassen beanspruchen, als deren Anwalt der Dr. Vorredner aufgetreten ist — sondern darum, den Grundbesitz von den Fesseln zu befreien, welche ihm die Hypothekengesetzgebung in dem bei Weitem größten Theile des Bundesgebietes aufgelegt, Fesseln, welche mehr dazu beitragen, ihn kreditlos zu machen, als die Beschränkungen des Binsages. Ich hoffe, in der Aufhebung dieser Ungerechtigkeit wird die Bundesgesetzgebung glücklicher sein, als es die Landesgesetzgebung wenigstens in Preußen war und gut machen, was sie verschuldet. (Lebhafte Beifall.) — Abg. Graf Schulenburg: Der Abg. Schweizer hat Ausdrücke gebraucht, die in der gebildeten Gesellschaft nicht heimisch sind. — Präf. Simson unterrichtet den Redner und wahrt gegen ihn sein Recht, die Ordnung des Hauses zu überwachen. — Abg. v. Blandenburg: Da ich gewohnt bin, die Worte des Hrn. Bundeskanzlers als Thaten anzusehen, so ziehe ich den ersten Theil meines Antrages (der von der Errichtung der Hypothekenbanken handelt) zurück.

Antragsteller Abg. Lasler: Der Abg. v. Schweizer ist im Unrecht, wenn er die Darlehnsnehmer unter 100 R. in Nacht und Nebel ihren Weg gehen läßt. Dazu sind ja die Vorschussvereine da, deren ganzer Betrieb auf der Gewährung dieser Darlehen beruht. Sie werden auch nicht blos zu unproductiven Zwecken gesucht, wie der Abg. v. Schweizer in seiner Unkenntnis des Lebens und der Verhältnisse berer, die er vertreibt, behauptet. Der Sohn des Reichs mag 50 R. borgen für ein Souper, der Arme sucht dieselbe Summe, um einen selbstständigen Gewerbebetrieb zu begründen. Dieselbe Abg. will für die Vorlage „aus Bosheit“ stimmen, aus Bosheit sein heiligstes Recht ausüben! Ich glaube der ganze Arbeiterrstand muß dagegen protestiren und auch dagegen, daß ein solcher Mann, der aus Bosheit für ein Gesetz sprechen will, im Namen der Arbeiter spreche. (Bravo!) Bugle ist er so grausam, den Bucher durch Verlust der Ehrenrechte für sein ganzes Leben zu bestrafen! Der Darlehnsnehmer ist ihm der unschuldige Mann, der Darlehnsgeber der Spießbube, dem ein Schabernack gespielt werden muß. Er beruft sich auf Roscher, wie der Abg. Wagener auf Stuart Mill. Ich kannte einen Mann, der mehr in der Literatur, als in der Grammatik Bescheid wußte, und der sich für seine Fehler auf Goethe und Schiller, auf ihre wilschen Fehler berief. Das war seine Kenntnis von der Literatur. (Große Heiterkeit.) Hr. Wagener hat für uns, was die Juristen die exceptio generalis nennen. Wenn die Regierung eine Vorlage bringt, so sagt er uns: Ihr habt Euch schon einmal die Hand verbrannt, Ihr habt schon einmal prophezeit! Wenn wir einen Antrag bringen, dann weißt er über unsere

Köpfe weit weg und läßt die Bataillone marschieren, die Bataillone, dessen Oberst er ist. (Heiterkeit.) Wie steht es denn mit diesen Bataillonen? Die Socialdemokraten haben es in allen Theilen des Landes, im Bündnis mit allen möglichen Fraktionen versuchen müssen, um einige wenige Kandidaten in dies Haus zu bringen. Ich freue mich, daß sie da sind und daß ihre Anträge Gelegenheit geben, die allgemeine Vorstellung von Socialdemokratie zu verschreiten und zu beweisen, daß es verrottete und abgethanne Dinge sind, die uns wieder aufgetischt werden. Dem Unglück ausgesetzt sind wir alle; so wird auch die Binsfreiheit den Armen nicht stärker brüsten als jeden andern. Neben die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers habe ich mich sehr gefreut, da sie die Aussicht gibt, daß die Reform der Hypothekengesetzgebung der todten Hand der preußischen Justiz, Gesetzgebung entwunden und in die kräftige Hand des Bundespräsidiums gelegt wird. (Beifall.) Das war der Grund, warum wir an dem Bau des Bundes freudig mithalfen, weil wir diese kräftigere Hand suchten, welche besser zu durchschneiden vermag, nicht was zu hart ist, sondern durch seine Weichheit Widerstand leistet. (Beifall.) Ich hoffe, daß der Hr. Bundeskanzler unsere Kompetenz erweitern und auf das ganze Civilrecht ausdehnen wird. Alle Vertagungsanträge sind nichts als verschleierte Ablehnung. Der Gesetzentwurf, der einmal zu Tode geschwiegen, ein ander Mal zu Tode gesprochen ist, soll durch einen neuesten Versuch zu Tode vertagt werden. Den Interessen des Grundbesitzers sind wir nicht feindlich gesinnt, kann es auch nicht sein; oder meint Hr. Wagener, daß der verhüllte Grundbesitz nur auf der rechten Seite des Hauses sitzt? (Unhaltende Heiterkeit.) Der Antrag des Referenten verschleiert die Verwerfung des meinigen, an dem er sich gegen alle Regeln der Gesetzgebung anklammert und verschleierte Geschäfte entsprechen dem Verfahren der Wucherer, sie sind ebenso verboten wie gesetzwidrig. — Auf die Amendements eingehend, ist der Redner bereit ihre bessereren, concinieren Fassungen in seinen Entwurf aufzunehmen und schließt unter dem lebhaftesten Beifall des Hauses, das er auffordert, durch Annahme der Vorlage ein gut Stück Arbeit zu machen.

Dr. Braun vertheidigt das Alterthum gegen das Lob, dem Wucher durch Wuchergerichte gesteuert zu haben. In Rom wurde diese Frage als eine politische, nicht ökonomische, ja nach dem Übergewicht der Patrizier oder der Plebejer abwechselnd entschieden, und Solon hob die Zinsbeschränkungen auf, daher seine Gesetzgebung seisachteia d. h. Erleichterung genannt wurde. Das sind bekannte Thatsachen, sie stehen sogar in den Schulbüchern. (Heiterkeit.) Nur die Wucherer haben ein Interesse für die Fortdauer der Wuchergerichte, wie der Wilderer 1848 sagte: elende Zeit, in der jeder Pfuscher Wilderer sein kann. Das Kapital ist kein wildes Thier, daß man an die Kette legen muß. Dem Abg. Wagener sage ich: kein Volk wird eine Regierung dulden, welche sich in Besitz der Geldmacht gesetzt hat, und wenn er die Initiative für die Aufhebung der Schuldhaft zu ergreifen wähnt, so erinnere ich ihn daran, daß die Manchester Männer lange vor den Konservativen für sie auf ihren Versammlungen plaidirt haben. (Beifall.)

Abg. Wagener: Der Abg. Braun scheint nach dem Grundsatz eines englischen Parlamentsredners verfahren zu sein: "Wenn du nicht weiter kannst, so citire einen Vers aus dem Homer, er braucht ständig gar nicht drin zu stehen, denn das wissen die wenigsten Leute." So ist auch die seisachteia ein solch Homerischer Vers, der nicht im Homer steht. Das Wort bedeutet zu Solons Zeit etwas ganz Anderes, als Binsfreiheit. Wir werden uns leichter verständigen, wenn der Abg. für Wiesbaden künftig seine Bemerkungen deutsch anspricht. — Es folgt darauf die Special-Discussion. (Schluß folgt.)

Berlin. [Die Vorarbeiten für den Schiffahrtskanal zwischen Ost- und Nordsee] sind jetzt vollendet. Nach diesen Vorarbeiten ist definitiv entschieden, daß sich der Kanal von Eckernförde nach Glückstadt ziehen soll; es ist also der ursprüngliche Plan, den Kanal von Kiel nach Glückstadt zu bauen, fallen gelassen, und zwar, wie die "B.-D.-S." hört, weil die Ausführung dieser Linie mit besonderen Terrain Schwierigkeiten verbunden gewesen wäre.

[Der Bau des Fahrt-Kriegshafens] schreitet jetzt rasch vorwärts und wird, wie es zu hoffen steht, im J. 1870 so weit vollendet sein, daß er unsere ganze Marine aufnehmen kann. Das Bohren eines zweiten artesischen Brunnens dauert fort.

Oesterreich. Wien. [Zur Polizei] Wie dem "Dr. J." mitgetheilt wird, hat der Reichskanzler Fehr. v. Beust die Beseitigung des geheimen Polizeibüroes durchgesetzt.

AAC. England. [Die preußische Dampf-Fregatte "Hedda"], Capt. Heldt, und die preuß. Corvette "Medusa", Capt. Struben, haben am Sonntag den Hafen von Plymouth verlassen und sind nach dem Mitteländischen Meer abgegangen.

Italien. [Aus Rom.] Die "Riforma" schreibt: "Von Rom kommen keine schlechten Nachrichten. Wir warnen das Publikum vor übertriebenen Befürchtungen eben so wohl wie vor den großen Versprechungen plötzlicher Erfolge. Was wir von Rom wissen, sieht uns in den Stand, zu versichern, daß Italien keine Ursache hat, zu befürchten, daß seine Geschicke in Rom schlechten Händen anvertraut seien. Privat Rom!" Das Movimento sagt: "Aus unsern Nachrichten ergiebt sich, daß die Insurgenten es vermeiden, die größeren Orte zu compromittiren, um sie nicht den Plünderungen und Gewaltthärtigkeiten der päpstlichen Söldner auszusetzen. Sie halten das offene Feld und machen beständig Diverstionen gegen die feindliche Truppe durch weite Märsche und Gegenmärsche. Das Land möge sich beruhigen, der Aufstand hält sich."

Danzig, den 11. October.

— [Beschäftigung der arbeitslosen Bevölkerung.] Nachdem der Hr. Handelsminister die Ausführung der Erdarbeiten für das zweite Gleise der Ostbahn innerhalb der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen zum Zwecke der Beschäftigung der bedürftigen Bevölkerung genehmigt hat, werden die betreffenden Betriebs-Inspektionen diese Arbeiten nunmehr in Angriff nehmen lassen. (R.H.B.)

Hannover. [Gewerbeverein.] In der gestrigen Sitzung hielt Hr. Jacobsen einen Vortrag über den Zweck der Gewerbeleit des Vereins. Redner gab einen Überblick über die 88jährige Wirksamkeit des heutigen Vereins. Belder sei der Gewerbestand darin immer noch nicht so zahlreich vertreten, wie es wünschenswert ist. Die oft vor kommenden Ausreden: "Ich habe kein Geld und keine Zeit übrig, Abends müde", seien nicht stichhaltig. Der Fehler stecke in dem Mangel an gegenseitiger Anregung, im Mangel des Austausches der Gedanken über gewerbliche Fragen, im Mangel an Gemeinsinn, im Mangel an regem Interesse für die Sache, im Mangel der Verbreitung allgemein bildender Kenntnisse, und vor Allem im Mangel an

Männern, welche aus Hingabe für die Sache ihren Mitbürgern ein wenig Zeit, ein wenig Mühe und vielleicht auch ein wenig Vergnügen oder Ruhe zum Opfer bringen mögen. Neben Verfolgung der materiellen Interessen des gesamten Gewerbestandes und neben Unterstützung der einzelnen Gewerbetreibenden durch Rath und That, jenen Gemeinsinn, jene Opferfreudigkeit, jenes Interesse an gewerblichen Fragen zu wecken, die Auseinandersetzung zum gegenseitigen Austausch der Ansichten darüber zu geben, allgemein bildende gewerbliche Kenntnisse durch Anschaffung von Zeitschriften, durch Vorträge und Versprechungen zu verbreiten und insbesondere Leute heranzuziehen und heranzubilden, welche mit Herz und Kopf der gemeinsamen Sache und der Hebung des Gewerbestandes nach Geist und Stellung sich warm annehmen: das sei der Zweck der Gewerbevereine. Redner motiviert dies in ausführlicher Weise und ermahnt schließlich zum ernsteren Vorgehen in dieser Richtung. Lebhafter Beifall folgte dem Vortrage. Hr. Jacobsen zeigte hierauf einen sehr stattlich konstruierten Apparat, in einer Berliner Fabrik gefertigt, vor, einen sogenannten pneumatischen Telegraphen, der, ungefähr wie der Becker einer Uhr eingerichtet, Signale nach allen Räumen eines Hauses auf die leichteste Weise befördert. Derselbe Apparat ist mit kleiner Abänderung bereits auf mehreren preußischen Kreisgeschäften zur Anwendung gebracht worden, um die Befehle des Commandanten in alle Theile des Schiffes zu tragen. Ferner zeigte derselbe die Abbildungen der neu eingeführten Norddeutschen Kriegs-, Post-, Zoll- und Transportflotte vor. — Die erste aus dem Fragekabinett entnommene Frage lautet: "Ist der Artikel der "Westpr. Ztg." No. 210, vom 5. Oct. c., über den Verkauf des Coats von der Gasanstalt à 6 R. per Last nach Graubünden begründet? während hier in Danzig bei wochenlanger Vorausberechnung von 9 R. per Last kein Coat zu haben ist?" Hr. Rickert erklärt, daß, soviel er wisse, diese Mittheilung vollständig unwahr sei. Er sei bereit über die Einzelheiten nähere Erklärungen einzulegen und in der nächsten Sitzung ausführlicher zu berichten. — Eine andere Frage will wissen, ob die großen Opfer, welche die Stadt für die Danzig-Neufahrwasser Eisenbahn gebracht, gerechtfertigt seien und welchen Vortheil Danzig von dieser Bahn habe. Hr. Blok ist der Meinung, daß nur Neufahrwasser Vortheil, Danzig aber Schaden haben werde. Hr. Holz ist derselben Ansicht, er glaubt, daß die Bahn schon deshalb der Stadt keinen Nutzen bringen werde, weil sie nicht durch die Stadt, sondern hinten herum gehe. (Große Heiterkeit.) Die Hh. Stadtrath Preußmann und Rickert treten diesen Ansichten entgegen. Allerdings wären die städt. Behörden der Meinung gewesen, daß die ca. 170,000 R. für die Danzig-Neufahrwasser-Eisenbahn zugleich für die Bahn Danzig-Görlitz gelten sollten. Eben so wenig hätte man vorhersehen können, daß die meisten Besitzer des Eisenbahnen gekauften Terrains so hohe Forderungen stellen würden. Hr. Skibbe macht darauf aufmerksam, daß selbst wenn wirklich, was er nicht glaube, nur Neufahrwasser Vortheil von der Bahn habe, dieses ja auch zur Commune gehöre. Hr. Dr. Kirchner beruhigt die angstlichen Gemüther mit dem Hinweis auf zwei hessische Dörfer, die früher von Spannleidenschaft und Schmiedearbeit für die Frachtfahrzeuge lebten, und trotzdem sie sich in erbärmlichstem Zustande befanden, doch über ihren beworfenen Ruinen lagten, als eine Eisenbahn gebaut wurde, jetzt aber, wie er bei einer Durchreise gesehen, in Folge des Eisenbahnerverkehrs im besten Zustand sich befanden und sich ihrer früheren beschränkten Ansicht schämten. — Hr. Pruz erinnert daran, daß die Vereinschulen am 18. October beginnen, und ersucht die betr. Mitglieder eindringlich, ihre Lehrlinge zum regelmäßigen Besuch derselben anzuhalten. — Hr. Lithograph Lohrenz stellt schließlich noch mit, daß Hr. Hoffmann in Neustadt ihm eine Anzahl Broschüren, welche die von demselben jüngst in einem Vortrage behandelte Angelegenheit ausführlicher beleuchten, nebst Plänen und andern dazu gehörigen Zeichnungen, übergeben habe zur Vertheilung an die dafür sich Interessirenden.

[Schlechte Seiten.] Das Leben und Treiben in unserer Stadt während des verflossenen Sommers ist im Vergleich zu dem stattgefundenen Verlehr vor dem Jahre 1866 so wenig rege gewesen, daß man darüber in allen Kreisen unserer Bevölkerung fast nur Klagen vernimmt. Auch der Besuch von Fremden, namentlich Bergungsreisenden, ist in diesem Jahre, trotzdem der Dominikomarkt, welcher 1866 ausfiel, stattfand, so spärlich gewesen, daß die hiesigen Hotelbesitzer sich kaum eines Sommers zu erinnern wissen, der ihnen so wenige Gäste gebracht. Mag man die Ursachen dieser Erscheinung auch zum Theil darin suchen, daß in diesem Jahre eine große Menge Reisender ihren Zug nach Westen nahmen, um dort befriedigt zu werden, so sind dieselben doch im Allgemeinen mehr darin zu finden, daß in Folge der Furcht vor einem neuen Kriege alle Geschäfte, eines mehr, das andere weniger, gestoßen haben, und daß die späte und wenig befriedigende Ernte, selbst bei eingetretenen hohen Preisen der Getreide, ebenfalls nachteilig darauf infliert hat. Hoffen wir mit nächstem Jahre mehr und mehr auf eine Abklärung der politischen Verhältnisse und demgemäß auch auf die Sicherung eines dauernden Friedens für die Zukunft; jedenfalls werden dann auch in unserer Stadt Handel und Industrie neu erhühen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. Octbr. Aufgegeben 2 Uhr 26 Min.

Angelommen in Danzig 4 Uhr — Min.

Letzter Ers.		Letzter Ers.	
Roggen steigend,		Wstpr. 3% Psandbr.	77½ 77½
Regulierungspreis .	74	Wstpr. 3% do.	76 76
Sept.-Octbr. .	75	do. 4% do.	— 83
Frühjahr .	69%	Lombarden .	96½ 97½
Rübbel Octbr. .	11½	Deft. National-Akt.	52½ 52½
Spiritus Octbr. .	23½	Russ. Banknoten .	84 84½
5% Pr. Anleihe .	102½	Danzig. Priv.-B.-Act.	110½ 110½
4½% do. .	97½	6% Amerikaner .	75½ 75½
Staatschuldsch. .	83½	Wechselkours London .	— 6.23½

Fondsbörse: matt.

Hamburg, 10. Octbr. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine Anfangs fest. 70 Oct. 5400 Pfund 181 Dancethaler Br. 180 R. Gd., 70 Oct. 178½ Br. 178 R. Roggen loco sehr rubig. 70 Oct. 5000 Pfund 183½ Br. 133 R. Gd., 70 Oct. 130 Br. 129 R. Hafer unverändert fest. Spiritus unverändert still. Rübbel still, loco 24, 70 Octbr. 24, 70 Mai 25. Raffee rubig. Bink fest.

Amsterdam, 10. Octbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loco beobachtet, 298 a 295.

London, 10. Octbr. Consols 94½. 1% Spanier 30½. Italiensc. 5% Rente 46½. Lombarden 14%. Mexicaner 15%. 5% Russ. 8½. Neue Russ. 8½. Silber 60%. Türkische Anleihe de 1865 31%. 6% Ver. St. 78½ 71½.

Liverpool, 10. Octbr. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Glaz. New-Orleans 8%, Georgia 8%, fah. Dhollera 5%, middling fah. Dhollera 5%, good middling Dhollera 5%, Bengal 4%, good fah. Bengal 5%, New fah. Domra 5%, good fah. Domra 6%, Pernam 8%, Smyrna 7. — Import 981 Ballen (keine Surate).

Paris, 10. Octbr. Rübbel 70 Octbr. 99, 50, 70 Novbr. 99, 50, 70 Jan. April 99, 50. Mehl 70 Octbr. 88, 50, 70 Novbr. 88, 50. Spiritus 70 Octbr. 67, 00.

Paris, 10. Octbr. (Schlußcourse.) 3% Rente 68, 60 — 68, 30. Italiensc. 5% Rente 45, 75. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 47, 75. Credit-Mobilier-Aktien 17, 75. Lombardische Eisenbahn-Aktien 365, 00. Oesterreichische Anleihe de 1865 323, 75 p. opt. 6% Verein. St. 70 Octbr. 81½. — Matt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 94½ gemeldet.

Antwerpen, 10. Oct. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Raff. Raffin. Typ. welsch, loco 58, 70 Octbr. 57½ a 58, 70 Novbr. 59, 70 Jan. Febr. 1868 59 Frs.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 11. Octbr. 1867.

Weizen per 5100 R. 640—845.

Roggen per 4910 R. 114—124½ 558—602.

Hafer per 3000 R. 264.

Erbien per 5400 R. weiße 540.

Spiritus per 8000 R. 24½ R.

Die Auktionen der Kaufmannschaft.

Danzig, den 11. October. Bahnpreise.

Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feinglastig 122/3—

125, 6 — 127, 8 — 129/30% von 120/125—127½/132½

135/140 R. per 85 R.

Rogg. 111/2—114/6—118/9/120—121% von 190/91—

93½/96 — 98/98½ — 100 R. per 81% R.

Gerste, kleine 102/104—107/8% von 58/62—64/67 R.

per 72% R.

do. große 107—113/4% von 65—70 R. per 72% R.

Erbien 88—90 R. auch darüber per 90 R.

Hafer fehlt.

Spiritus 24½ R. per 8000% Tr.

Getreide-Börse. Wetter: regnerisch. Wind: S.

Für frischen Weizen fehlte auch heute Kauflust, für alten zeigte sich ein Reflectant und nahm 50 Last davon aus dem Markt. Im Ganzen sind 100 Last Weizen heute gefaßt, und Preise als schwach behauptet anzugeben. Bezahlt frisch

bunt 113/4% R. 640, 130% R. 810, hellbunt 122/3% R. 745, 124½% R.

760, 130% R. 810, hochbunt 130% R. 825, altbunt

126/7% R. 795, R. 800, hellbunt R. 815 per 5100 R.

Nachdem die Consumenten ungeachtet des gestrigen flauen

Berliner Marktes hier heute Vormittag sogar zu besseren

Preisen gegen gestern ihren Bedarf befriedigt hatten, wurde

an der Börse die Stimmung für Roggen flau und Verkäufe

wurden schwierig. Bezahlt für 112% R. 546, 121/2% R.

594 per 4910 R. — Weiße Erbsen R. 540 per 5400% R.

Spiritus 24½ R.

Berlin, 10. Octbr. Weizen loco per 2100% 91—106

R. nach Dual, 70 2000% per October 92—90% R.

Eisenbahn-Aktien.

Dividende pro 1866.		Dividende pro 1866.	Dividende pro 1866.
Aachen-Düsseldorf	47/80	35/80	—
Aachen-Maastricht	4	30 1/2	bz
Amsterdam-Rotterd.	4	103 et bz	
Bergisch-Märk. A.	8	142 1/2	bz
Berlin-Anhalt	13 1/2	219	bz
Berlin-Hamburg	9	155 1/2	B
Berlin-Potsd.-Magdeburg	16	218 1/2	bz
Berlin-Stettin	8 1/2	136 1/2	bz
Böhmen-Bahn.	5	57 1/2	G
Bresl.-Schw. Kreis.	9 1/2	134	bz
Brieg-Reitze	5 1/2	94	G
Cöln-Norden	9 1/2	140 1/2	bz
Cöln-Oderbahn (Wilh.)	2 1/2	69 1/2	bz
do. Stamm-Pr.	4 1/2	81 1/2	bz
do. do.	5	85 1/2	G
Ludwigsh.-Bexbach	10 1/2	149 1/2	G
Magdeburg-Halberstadt	14	184	B
Magdeburg-Leipzig	20	254	B
Mainz-Ludwigshafen	7 1/2	125 1/2	bz
Melleiner	3	71 1/2	bz
Niederschl.-Märk.	4	88 1/2	bz
Niederschl.-Briegsbahn	5	81 1/2	B

Dividende pro 1866.		Dividende pro 1866.	Dividende pro 1866.
Preuß. Bank-Antheile	13 1/2	4 1/2	149 b3
Berlin, Kassen-Verein	12	4	159 1/2 G
Vom. R. Privatbank	5 1/2	4	93 et bz
Danzig	8	4	110 1/2 G
Königsberg	77/10	4	112 G
Posen	7 1/2	4	99 B
Magdeburg	5	4	89 B
Disch. Comm.-Anteil	8	4	104 et bz
Berliner Handels-Gesell.	8	4	107 1/2 B
Oesterreich. Credit.	5	5	70 1/2 3-1/2 bz

Bau- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1866.		Dividende pro 1866.	Dividende pro 1866.
Preuß. Bank-Antheile	13 1/2	4 1/2	149 b3
Berlin, Kassen-Verein	12	4	159 1/2 G
Vom. R. Privatbank	5 1/2	4	93 et bz
Danzig	8	4	110 1/2 G
Königsberg	77/10	4	112 G
Posen	7 1/2	4	99 B
Magdeburg	5	4	89 B
Disch. Comm.-Anteil	8	4	104 et bz
Berliner Handels-Gesell.	8	4	107 1/2 B
Oesterreich. Credit.	5	5	70 1/2 3-1/2 bz

Gestern Abends 11 Uhr starb unser jüngstes Lädchen Martha Emma. Dieses zeigt betrübt an (8119) Adalbert Biefeldt u. Frau. Gartshau, den 10. October 1867.

Bernsteingräberei-Verpachtung.

Die Bernsteingräberei auf einer 5 Morgen großen fischlichen Fläche auf der frischen Neuhung bei Neutief, soll für die Zeit bis zum 30. September 1870 öffentlich versteigert werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf

Montag, den 28. October er,

11 Uhr Vormittags,

in meinem Bureau hieselbst anberaumt, zu dem ich Unternehmungslustige mit dem Bemerkten einlädt, daß die näheren Bedingungen in den Dienststunden in meinem Bureau eingesehen werden können, gegen Erstattung der Copialien auch schriftlich mitgetheilt werden sollen, daß der Termin um 12 Uhr Mittags geschlossen wird und Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Pillau, den 2. October 1867.

Der Hafen-Bauinspector

(8098) Frey.

Auction

Dienstag, den 15. October 1867, Vorm. 10 Uhr, auf dem Heringshofe der Herren F. Böhm & Co. über 150 To. Breitlinge, 50 " Christiania-Heringe. Mellien. Joel.

(8042)

Lebensversicherungsbank

f. D. in Gotha.

Versicherungsbestand 54,000,000 R.

Capitalfonds 14,000,000

Nachdem ich eine Agentur obiger Anstalt übernommen habe, empfehle ich mich zur Vermittelung von Versicherungen bei denselben.

Die Gothaer Lebensversicherungsbank gewährt durch ihre reichen in solidester Weise auf Hypotheken angelegten Fonds eben so große Sicherheit, wie durch die reichlichen Dividenden, welche die Versicherten noch bei Lebzeiten empfangen, größtmögliche Billigkeit der Versicherungsanstalt.

Die Dividende der Versicherten beträgt im Jahre 1867

36 Procent

der bezahlten Beiträge.

Prospekte und Antragsformulare werden unentgeltlich verabreicht.

Mewe, den 10. October 1867.

Lehrer Bona, Agent.

Englische Eigennamen,

desgl. die neuesten amerikan. Orts- und Personennamen, mit correctester Aussprache, vom engl. Sprachlehrer M. Selig, 2. Auflage, Preis 7 1/2 R. — Von demselben Verfasser: *Guide alphabétique de la Prononciation française irréguliére*. 2. édition, Preis 5 R. Französisch-englisch-deutsche Conversationsschule, 2 Bände vollständig in 616 Octavseiten, Wort für Wort mit mögl. correcter Angabe der engl. und franz. Aussprache, nach Flügel, Waller und anderen Autoritäten, mit Lettern, nicht — Bissens, 3. Auflage, Preis 2 R. — London und die Londoner, engl.-deutsche Gespräche mit Fremden für den durch London und Ausspr. 12 R. — Modern English dialogues, engl.-deutsche Gespr., 2. Auflage 10 R. — Sämtlich hier angez. Bücher sind gegen Postanweis. od. Postvorrichtung von M. Selig's Selbstverlagsexpedition, neue Grünstraße No. 3 in Berlin direkt u. auch durch alle solide Buchhandl. zu beziehen.

In Danzig zu haben in d. Homann'schen Buchhandlung.

Loose zur diesjährigen Kölner Dom-25,000, 10,000, 5000, 2000, 1000, 500 rc., zu einem Thaler pro Stück zu haben in der Exped. der Danz. Rtg.

1/2 Preuß. Lotterie-Loos ist in der Exped. dies. Rtg. zu haben.

(8108)

1 Vogel-Boliere, 4 fl. Papageie Baumg. G. 44 z. vrl.

Dividende pro 1866.		Dividende pro 1866.	Dividende pro 1866.
Nordb. Friedr. Wilh.	4 1/2	4	94 1/2 bz
Oberschl. Litt. A. n. C.	12	3 1/2	194 bz
Litt. B.	12	3 1/2	164 bz
Oesterl. Frz. Staatsb.	7	5	127 1/2 bz
Doppel-Tarnowiz	5	5	71 1/2 G
Rheinl.-Westfälische	6 1/2	4	116 bz
do. St.-Pforz.	6 1/2	4	—
Rheinl.-Nahebahn	0	4	27 bz
Russ. Eisenbahn	5	5	75 bz
Stargardt-Posen	4 1/2	4 1/2	94 B
Südosterr. Bahnen	7 1/2	4	97 1/2 bz
Thüringer	7 1/2	4	127 1/2 bz

Preußische Fonds.		Kur. u. N. Rentenbr.	Kur. u. N. Rentenbr.
Frelwill. Ant.	4 1/2	97 1/2 G	91 1/2 bz
Staatsanl. 1859	5	102 1/2 bz	91 bz
Staatsanl. 50/52	4	89 1/2 bz	89 1/2 bz
do. 54, 55, 57	4 1/2	97 bz	91 bz
do. 1859	4 1/2	97 bz	91 bz
do. 1856	4 1/2	97 bz	91 bz
do. 1853	4	89 1/2 bz	91 bz
do. 1867	4 1/2	97 bz	91 bz
Staats-Schuldt.	3 1/2	83 bz	91 bz
Staats-Pr. Ant.	3 1/2	116 1/2 bz	91 bz
Kur. u. N. Schuld.	3 1/2	—	—
Berl. Stadt-Obl.	5	101 1/2 bz	91 bz
do. do.	4 1/2	97 1/2 bz	91 bz
Kur. u. N. Pfdsbr.	3 1/2	76 1/2 bz	91 bz
Ostpreuß. Pfdsbr.	3 1/2	77 1/2 G	91 bz
do. do.	4	83 1/2 G	91 bz
Pommersche	3 1/2	75 1/2 bz	91 bz
do. do.	4	87 1/2 bz	91 bz
Posenische	4	—	—
do. do.	4	85 1/2 bz	91 bz
Westpreuß. Pfdsbr.	3 1/2	75 1/2 B	91 bz
do. do.	4	83 bz	91 bz
do. do.	4	82 1/2 bz	91 bz
do. do.	4	90 1/2 bz	91 bz

Ausländische Fonds.		Kur. u. N. Rentenbr.	Kur. u. N. Rentenbr.
Oesterl. Metall.	5	45 G	91 1/2 bz
do. Nat. Ausl.	5	52 1/2 bz	91 bz
do. 1854-Posse	4	57 B	91 bz
do. Creditooso	6	67 G	91 bz
do. 1860-Posse	4	66 B	91 bz
Inf. b. Stg. 5 Ant.	5	38 1/2 bz	91 bz
do. do.	5	58 1/2 G	91 bz
Russ.-engl. Ant.	5	74 1/2 bz	91 bz
do. neue	4	87 1/2 B	91 bz
Ostpreuß. Pfdsbr.	3 1/2	77 1/2 G	91 bz
do. do.	4	86 1/2 G	9